

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 04.12.2014
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Dr. Kai Zwicker Landrat

Mitglieder:

Barbara Büscher	Stadtlohn	
Angelika Dannenbaum	Ahaus	Vertretung für Herrn Kisfeld; ab TOP 3
Magdalene Garvert	Rhede	
Otger Harks	Stadtlohn	
Volker Jürgen Himmel	Gronau	
Berthold Langehaneberg	Legden	Vertretung für Herrn Jasper
Paul Lensing	Borken	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Gerhard Ludwig	Borken	
Bernd Schöning	Stadtlohn	
Markus Schulte	Gronau	
Silke Sommers	Bocholt	
Jens Steiner	Heek	
Jörg von Borczyskowski	Gronau	
Christel Wegmann	Rhede	
Gertrud Welper	Vreden	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster	Kreisdirektor	
Dr. Hermann Paßlick	Ltd. Kreisrechtsdirektor	bis TOP 8
Hubert Grothues	Ltd. Kreisbaudirektor	
Wilfried Kersting	Kreiskämmerer	
Walter Alfert		
Karlheinz Gördes		
Dr. Gerd Eckstein		bis TOP 18
Michael Weitzell		bis TOP 4
Katrin Gellenbeck		
Simone Werk		

Es fehlen entschuldigt:

Markus Jasper	Heek
Johannes Kisfeld	Stadtlohn

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Dr. Zwicker eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Landrat Dr. Zwicker schlägt vor, den bisherigen TOP 19 vorzuziehen und als neuen TOP 8 zu behandeln, da der Ltd. Kreisrechtsdirektor Paßlick die Sitzung wegen terminlicher Verpflichtungen frühzeitig verlassen müsse. Einwendungen werden nicht erhoben. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 23.09.2014

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 23.09.2014 wird genehmigt.

**Punkt 2: 2. Controllingbericht 2014
Vorlage: 0322/2014**

Berichtersteller/in: Kreiskämmerer Kersting

Kreiskämmerer Kersting betont, nach derzeitigem Stand gebe es mit einer Verschlechterung von nur ca. 30 T-EUR gegenüber der Planung im Haushalt 2014 nahezu eine „Punktlandung“. Er stellt anhand der Vorlage größere Schwankungen in den einzelnen Budgets dar, die sich insgesamt aber ausgleichen würden.

Der Kreisausschuss nimmt den 2. Controllingbericht zum 30.09.2014 zur Kenntnis.

Punkt 3: Regionale 2016

**Punkt 3.1: Regionale 2016 - Aktueller Sachstand
Vorlage: 0332/2014**

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker

Landrat Dr. Zwicker berichtet über den Sachstand der Regionale-Projekte, die sich nun größtenteils auf der Zielgeraden befinden, und dankt dabei insbesondere der Landesregierung für die Einhaltung der Bereitstellung zugesagter Fördermittel.

Der Sachstand zur Regionale 2016 wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 3.2: Radschnellweg Regio.Velo.01 - Aktueller Sachstand
Vorlage: 0331/2014**

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick bezieht sich auf den Beschluss des Kreisausschusses vom 13.02.2014, die Vergabeentscheidung für die vertiefende Machbarkeitsstudie auf den Landrat zu übertragen. Das Verfahren habe sich jedoch durch die Haushaltssperre des Landes verzögert, da die Auftragsvergabe bis zur Erteilung des zugesagten Förderbescheides

zurückgestellt worden sei. Er kündigt an, in der kommenden Woche solle der Förderbescheid durch die Bezirksregierung erteilt und anschließend kurzfristig der Auftrag vergeben werden. Die Mitzeichnung der Vertreter der Kreistagsfraktionen sei daher für die Kreistagssitzung in der kommenden Woche vorgesehen.

Mit der Auftragsvergabe werde noch kein Baubeschluss gefasst, stellt Landrat Dr. Zwicker klar. Gefordert sei die Landesregierung, die Übernahme der Straßenbaulast kurzfristig zuzusagen, um Klarheit bezüglich der Verantwortlichkeiten insbesondere bei der Straßenunterhaltung zu schaffen. Bisher liege lediglich eine Absichtserklärung des Landes vor.

Der Sachstand zum Radschnellweg Regio.Velo.01 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 3.3: Kulturhistorisches Zentrum Westmünsterland
Vorlage: 0330/2014

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker

Der Sachstand zum Kulturhistorischen Zentrum Westmünsterland wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4: Strategie 2020 für den Naturpark Hohe Mark Westmünsterland e.V.
Vorlage: 0333/2014

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Grothues

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

- 1.) Die „Strategie 2020“ für den Naturpark Hohe Mark Westmünsterland e.V. wird zur Kenntnis genommen.
- 2.) Der Beschluss des Kreistages vom 17.10.2013 über die anteilige Finanzierungsbeteiligung für die Geschäftsführung des Naturparks Hohe Mark Westmünsterland e.V. und des Trägervereins Tiergarten Schloss Raesfeld e.V. wird aufgehoben. Stattdessen beteiligt sich der Kreis Borken ab 2015 mit einem Zuschuss in Höhe von 15 T-EUR zunächst für einen Zeitraum von 5 Jahren an der Finanzierung des Naturparks Hohe Mark Westmünsterland e.V..

Punkt 5: Neufassung der Satzung über die Benutzung des Rettungsdienstes des Kreises Borken und die Erhebung von Gebühren
Vorlage: 0308/2014

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Die Satzung über die Benutzung des Rettungsdienstes des Kreises Borken und die Erhebung von Gebühren vom 11.12.2014 wird beschlossen.

Punkt 6: Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst im Kreis Borken
Vorlage: 0307/2014

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick

Kreisausschussmitglied von Borczyskowski erkundigt sich, ob die Vergütung für die im Bedarfsplan vorgesehenen zusätzlichen Besetzzeiten sofort oder erst bei einer anstehenden Vertragsverlängerung angepasst würde. Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick teilt mit, die Verwaltung werde die Verträge zur Durchführung des Rettungsdienstes mit den Städten und Gemeinden bzw. den Hilfsorganisationen so schnell wie möglich dem neuen Plan anpassen.

Auf die Frage von Kreisausschussmitglied von Borczyskowski nach Anschlussgesprächen mit der Stadt Gronau für den im Jahr 2015 gekündigten Vertrag berichtet Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick, die Stadt Gronau habe bereits einen ersten Vorschlag zur Änderung des gegenseitigen Vertrages unterbreitet, auf dessen Grundlage nun Gespräche begonnen hätten. Ob eine gemeinsame Basis für eine Verlängerung des Vertrages gefunden werden könne, werde sich im Laufe der Verhandlungen herausstellen. Andernfalls müsste in Gronau der Rettungsdienst von der Feuerwehr getrennt werden.

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Ludwig erklärt Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick, den im Bedarfsplan verwendeten Fachterminus „First-Responder-System“ könne man als „ersten Zugriff vor dem eigentlichen Rettungsdienst“ übersetzen.

Sodann lässt Landrat Dr. Zwicker über den geänderten Beschlussvorschlag des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 11.11.2014 abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Bedarfsplan für den Rettungsdienst Kreis Borken – Stand: Dezember 2014 – wird beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Anregungen der Kommunen bei der vertraglichen Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes und dabei insbesondere die Vorhaltung der KTW's zu prüfen.

Punkt 7: Ernennung eines stellvertretenden Kreisbrandmeisters
Vorlage: 0297/2014

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Herr Thomas Deckers, Borken, wird unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter für die Zeit vom 08.04.2015 bis 07.04.2021 zum stellvertretenden Kreisbrandmeister ernannt.

**Punkt 8: Festsetzung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die vom Kreis Borken als Genehmigungsbehörde zugelassenen Taxen - Taxentarif für den Kreis Borken.
Vorlage: 0343/2014**

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick

Kreisausschussmitglied Steiner kündigt an, seine Fraktion habe in dieser Angelegenheit noch Beratungsbedarf, daher werde man sich bei der Abstimmung enthalten.

Beschluss: einstimmig bei 2 Enthaltungen

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Die Rechtsverordnung über die Festsetzung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die vom Kreis Borken als Genehmigungsbehörde zugelassenen Taxen wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs beschlossen.

**Punkt 9: Änderung der Geschäftsordnung für den Kreistag und seine Ausschüsse
Vorlage: 0344/2014**

Berichterstatter/in: Landrat Dr. Zwicker

Kreisausschussmitglied Lindenhahn fordert, in die Erweiterung des Vorschlagsrechtes für die Aufnahme von Tagesordnungspunkten entweder auch die fraktions- und gruppenlosen Kreistagsmitglieder einzubeziehen oder die bisherige Beschränkung bestehen zu lassen. Einer ausschließlichen Erweiterung des Rechts auf Gruppen könne nicht zugestimmt werden.

Auf die Frage von Kreisausschussmitglied Steiner nach der Vereinbarkeit einer solchen Regelung mit der Kreisordnung erklärt Landrat Dr. Zwicker, die Ausweitung der Rechte der Kreistagsmitglieder sei an dieser Stelle möglich. Da die grundsätzliche Entscheidung über die Verfahrensweise dem Kreistag obliege, schlägt er vor, dass sich die Fraktionen, Gruppen und fraktionslosen Kreistagsmitglieder bis zur Kreistagssitzung in dieser Angelegenheit beraten sollen. Er stellt Einvernehmen fest, den Tagesordnungspunkt daher ohne Beschlussempfehlung an den Kreistag weiterzugeben.

**Punkt 10: Jagdrecht; gemeinsamer Antrag der FDP-Gruppe und CDU-Fraktion v. 17. bzw. 31.10.2014; geändert am 11.11.2014
Vorlage: 0328/2014/1**

Berichterstatter/in: FDP-Gruppenvorsitzender Schöning
CDU-Fraktionsvorsitzender Schulte

Die Hauptprobleme des Entwurfes für das neue Landesjagdgesetz sieht Kreisausschussmitglied Schöning in der Abstimmung mit dem Bundesrecht. Es seien einige erhebliche Abweichungen festzustellen. Zudem kritisiert er die Wiederbelebung der Jagdsteuer, die eine Besteuerung einer ehrenamtlichen Tätigkeit ermögliche.

Kreisausschussmitglied Schulte kritisiert die Art und Weise der Entstehung des Gesetzesentwurfes. Eine Anpassung des Jagdrechts an aktuelle Entwicklungen sei sinnvoll, die Landesregierung habe sich inhaltlich aber nicht ausreichend mit der Thematik auseinandergesetzt und die Beteiligten nicht angehört. Der ländliche Raum werde durch die Gesetzesänderung benachteiligt. Die Jägerschaft fühle sich in ihren Eigentumsrechten massiv eingeschränkt, betonen auch die Kreisausschussmitglied Langehaneberg und Lensing. Man müs-

se gegenüber der Landesregierung Flagge zeigen, da der Kreis Borken unmittelbar von der Gesetzesänderung betroffen sei.

Ihre Fraktionen könnten dem Antrag nicht zustimmen, erklären die Kreisausschussmitglieder Steiner und Harks. Eine Novellierung des Jagdrechts sei notwendig und der Gesetzesentwurf enthalte einige wichtige Klarstellungen. Im Übrigen werde die Entscheidung zur Novellierung des Jagdrecht von der Landesregierung getroffen, der Kreistag sei nicht der richtige Ort für die Debatte. Eine Resolution, die nicht fraktionsübergreifend Unterstützung finde, sei wertlos und werde keine Auswirkungen zeigen.

Kreisausschussmitglied Schulte entgegnet, das Jagdrecht liege zwar nicht im Zuständigkeitsbereich des Kreistages, bei anderen Entscheidungen des Landtages wie etwa dem Thema „Fracking“ sei aber dennoch eine Resolution verabschiedet worden. Bei den bisherigen Stellungnahmen sei der Kreistag geschlossen für die gesamte Region eingetreten, wirft Kreisausschussmitglied Steiner ein.

Während Kreisausschussmitglied von Borczykowski dem ersten Teil des Beschlussvorschlages etwas abgewinnen könne, da auch seine Fraktion einigen Punkten im Gesetzesentwurf kritisch gegenüberstehe, stimmt er mit den Kreisausschussmitgliedern Steiner, Ludwig und Harks überein, dem zweiten Absatz nicht zustimmen zu können. Man solle sich das Recht, die Jagdsteuer zu erheben, je nach Ausgestaltung des neuen Landesgesetzes offenhalten. Für den Fall, dass dem Kreis zusätzliche Kosten entstünden, weil er Aufgaben übernehmen müsse, die bislang freiwillig von den Jägern wahrgenommen worden seien, müssten diese unter Umständen verursachungsgerecht über eine entsprechende Steuer gedeckt werden. Schließlich gehe es wie auch bei anderen Steuern um die Finanzierung öffentlicher Gemeinschaftsaufgaben, fügt Kreisausschussmitglied Ludwig hinzu.

Auf den Einwand von Kreisausschussmitglied Schöning, wenn das Recht zur Steuererhebung eingeräumt werde, werde hiervon ohnehin Gebrauch gemacht, entgegnet Kreisausschussmitglied Ludwig, die Wiedereinführung der Steuer sei letztendlich eine Entscheidung der Kreistagsmehrheit.

Landrat Dr. Zwicker lässt auf Antrag von Kreisausschussmitglied von Borczykowski getrennt über die beiden Absätze des Beschlussvorschlages abstimmen.

Beschluss zu Absatz 1 des Beschlussvorschlages:

12 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen

Beschluss zu Absatz 2 des Beschlussvorschlages:

10 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag des Kreises Borken erkennt die Leistungen der Jägerinnen und Jäger für die Artenvielfalt, den Artenschutz, die Wiederansiedlung und Erhaltung gefährdeter Tierarten sowie den Schutz der Forst- und Landwirtschaft vor Wildschäden und Seuchen an. Deshalb fordert der Kreis Borken die Landesregierung auf, den zwischenzeitlich vorgelegten Gesetzesentwurf zum neuen Jagdrecht zurückzunehmen.

Der Kreistag lehnt insbesondere die Wiedereinführung der Jagdsteuer ab.

**Punkt 11: Duale Studienangebote für die EGW und WFG;
Antrag der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN v. 29.10.2014
Vorlage: 0342/2014**

**Punkt 11.1: Duale Studienangebote für EGW und WFG;
Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN v. 29.10.2014
Vorlage: 0367/2014**

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker
Kreiskämmerer Kersting

Landrat Dr. Zwicker informiert, die EGW biete für den eigenen Bedarf bereits duale Studienplätze an. Die WFG hingegen bilde im kaufmännischen Bereich aus, da in anderen Berufsfeldern bisher kein Bedarf bestehe. Die Möglichkeiten der Einrichtung dualer Studiengänge werde hier aber ebenfalls geprüft und im Blick gehalten. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN habe sich daher erledigt.

Kreisausschussmitglied Steiner begrüßt diese Vorgehensweise.

**Punkt 12: Betrauung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken mbH (WFG) mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse
Vorlage: 0351/2014**

Berichtersteller/in: Kreiskämmerer Kersting

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Der Kreistag beschließt den beigefügten Betrauungsakt des Kreises Borken für die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken mbH (WFG).
2. Der Kreistag verpflichtet die entsandten Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung der WFG, auf die Einhaltung des Sicherstellungsauftrages nach § 1 des Betrauungsaktes und die Erbringung der in § 2 des Betrauungsaktes aufgeführten Dienstleistungen hinzuwirken.

**Punkt 13: Bürgschaft für die Entsorgungs-Gesellschaft Westmünsterland mbH (EGW)
Vorlage: 0340/2014**

Berichtersteller/in: Kreiskämmerer Kersting

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Der Übernahme einer 80 %-igen Bürgschaft in Höhe von 3.120 T-EUR für ein Darlehn in Höhe 3.900 T-EUR zu Gunsten der Entsorgungs-Gesellschaft Westmünsterland mbH bei Leistung eines Avalentgeltes in Höhe von 0,55 % wird zugestimmt.

2. Der Kreistag stimmt zudem in Abänderung des Kreistagsbeschlusses vom 30.09.2014 (Sitzungsvorlage Nr. 0270/2014) der Übernahme einer 80 %-igen Bürgschaft in Höhe von 600 T-EUR für ein Darlehn in Höhe von 800 T-EUR und einer 80 %-igen Bürgschaft in Höhe von 480 T-EUR für ein Darlehn in Höhe von 600 T-EUR zu Gunsten der Entsorgung-Gesellschaft Westmünsterland mbH bei Leistung eines Avalentgeltes in Höhe von 0,55 % zu.

Punkt 14: Langfristiges Finanzierungskonzept für die Flughafen Münster-Osnabrück GmbH (FMO)
Vorlage: 0352/2014

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker
Kreiskämmerer Kersting

Landrat Dr. Zwicker übergibt die Sitzungsleitung an stellvertretende Landrätin Sommers und verlässt den Raum.

Kreisausschussmitglieder Lindenhahn bittet um Vertagung der Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung des Kreistages, da eine abschließende Beratung in ihrer Fraktion noch ausstehe.

Stellvertretende Landrätin Sommers stellt Einvernehmen fest, den Tagesordnungspunkt ohne Beschlussempfehlung an den Kreistag weiterzugeben.

Punkt 15: Übernahme von Stammanteilen an der Perspektive GmbH durch die Berufsbildungsstätte Westmünsterland GmbH
Vorlage: 0361/2014

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster
Kreiskämmerer Kersting

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Der Kreistag stimmt der Übernahme von Stammanteilen an der Perspektive GmbH durch die Berufsbildungsstätte Westmünsterland GmbH (BBS) zu.
2. Er weist die Vertreter des Kreises Borken in der Gesellschafterversammlung und im Gesellschafterausschuss der BBS an, entsprechenden Beschlüssen zuzustimmen.

Punkt 16: Verwendung des Jahresüberschusses 2013 der Sparkasse Westmünsterland
Vorlage: 0370/2014

Berichtersteller/in: Kreiskämmerer Kersting

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag stimmt der geplanten Verwendung der Ausschüttung aus dem Jahresüberschuss 2013 der Sparkasse Westmünsterland entsprechend § 25 Absatz 3 Sparkassengesetz NRW und § 12 Absatz 1 Satz 2 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Westmünsterland zu.

Punkt 17: Strukturreform der EUREGIO und ihre Folgewirkungen
Vorlage: 0358/2014

Berichtersteller/in: Dr. Eckstein

Der Kreisausschuss nimmt die Pläne des EUREGIO e.V., seine Rechtsform in einen grenzüberschreitenden Zweckverband bei gleichzeitiger Harmonisierung der Mitgliedsbeiträge umzuwandeln, zur Kenntnis. Eine endgültige Beschlussfassung erfolgt, nachdem die EUREGIO-Gremien die entsprechenden Beschlüsse gefasst haben und der endgültige Satzungsentwurf vorliegt. Das wird voraussichtlich Mitte 2015 der Fall sein.

Punkt 18: INTERREG V A - Projekt UNLOCK
Vorlage: 0357/2014

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker

Landrat Dr. Zwicker übernimmt wieder die Sitzungsleitung und verweist sodann auf die als Tischvorlage ausgelegte Karte des EUREGIO-Gebietes sowie das Schaubild zum Projekt „UNLOCK“ (**Anlagen zur Niederschrift**). Er macht deutlich, wie wichtig die EUREGIO und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für den Kreis Borken als Grenzkreis seien.

Kreisausschussmitglied Lensing äußert gegenüber der anwesenden Presse den Wunsch, dass sie einige Personen im Rahmen des Projektes „UNLOCK“ begleiten möge, um die EUREGIO den Bürgerinnen und Bürgern näher zu bringen.

Beschluss: Einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag befürwortet die Durchführung des INTERREG V A-Projektes „UNLOCK“ und stellt als regionalen Eigenanteil des Kreises Borken für das Haushaltsjahr 2015 12.250 € sowie für die Folgejahre 2016-18 jeweils 21.000 € zur Verfügung. Eine entsprechende Finanzierungszusage gegenüber der EUREGIO kann abgegeben werden.

Punkt 19: Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Einrichtung eines
Einheitlichen Ansprechpartners im Rahmen der Umsetzung der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie
Vorlage: 0285/2014

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick

Beschluss: Einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreis Steinfurt übernimmt im Rahmen einer Delegation die Aufgabe des einheitlichen Ansprechpartners ab dem 01.01.2015.

Die Verwaltung wird beauftragt, die als Anlage beigefügte Änderungsvereinbarung, ggf. mit redaktionellen Änderungen, abzuschließen.

Punkt 20: Fortschreibung des Regionalplans Münsterland, Sachlicher Teilabschnitt Energie
Vorlage: 0326/2014

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Grothues

Beschluss: einstimmig bei 4 Enthaltungen

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Dem Entwurf der Stellungnahme wird zugestimmt.

Punkt 21: Klimaschutzkonzept und Klimamanager
Vorlage: 0327/2014

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Grothues

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Die Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzeptes und der Aufbau eines Klimaschutz-Controllings werden beschlossen. Der Beschluss ergeht unter dem Vorbehalt der Finanzierung
2. Die Verwaltung wird beauftragt, sich zur Gold-Auditierung im Rahmen des European Energy Award-Prozesses (eea) im Sommer 2015 anzumelden. Der Beschluss ergeht unter dem Vorbehalt der Finanzierung
3. Der Beantragung einer Stelle für Klimaschutzmanagement über die BMU-Klimaschutzinitiative für 3 Jahre durch die Verwaltung wird vorbehaltlich der Finanzierung zugestimmt.

Punkt 22: Kompetenzzentrum Frau und Beruf – Sachstand und Ausblick
Vorlage: 0348/2014

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Kreisdirektor Hörster gibt nähere Informationen zu den aktuellen Entwicklungen seit der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 20.11.2014. Der Aufruf sei zwischenzeitlich erfolgt, die Einreichungsfrist ende am 31.01.2015. Gemäß den bekannten Fördermodalitäten solle es bei einem Eigenanteil von 10% für die Träger bleiben.

Beschluss: einstimmig

Der Bericht zum aktuellen Sachstand und zum Ausblick auf die nächste Förderphase des Kompetenzzentrums Frau und Beruf wird zur Kenntnis genommen.

Die Fortführung des Projektes Kompetenzzentrum Frau und Beruf Münsterland durch die Berufsbildungsstätte Westmünsterland wird befürwortet unter dem Vorbehalt der dargestellten Fördermodalitäten, insbesondere zum finanziellen Eigenanteil. Der auf die Berufsbildungsstätte Westmünsterland entfallende notwendige Eigenanteil von insgesamt 45 TEUR für die Dauer der nächsten Förderphase (01.07.2015 – 30.06.2018) wird vom Kreis Borken übernommen und anteilig in den Haushalten zur Verfügung gestellt.

**Punkt 23: Beschluss über die Verbindlichkeit der Pflegebedarfsplanung i. S. d. Alten- und Pflegegesetzes NRW (APG NRW)
Vorlage: 0360/2014**

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Auf die Erarbeitung einer verbindlichen Pflegebedarfsplanung zum 31.03.2015 wird verzichtet.
2. Der bisherige Auftrag an die Kreisverwaltung zur Erstellung eines Pflegekonzeptes und die Anforderungen einer Pflegebedarfsplanung nach dem neuen APG NRW werden miteinander verknüpft.
3. Der Erlass der Durchführungsverordnung zum APG NRW wird abgewartet, um deren Anforderungen im weiteren Verfahren mit berücksichtigen zu können.

**Punkt 24: Anpassung der „Richtlinie des Kreises Borken zur Förderung des Sports“
Vorlage: 0315/2014/1**

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag beschließt die Anpassung der Richtlinie des Kreises Borken zur Förderung des Sports in den nachfolgend formulierten Punkten: (Änderungen sind unterstrichen)

Präambel

Absatz 1

Der Sport ist ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens und nimmt mit seinen vielfältigen Funktionen einen hohen Stellenwert ein. Er fördert die soziale Integration, die Gesundheit, die Bildung, das gesellschaftliche Engagement und demokratisches Handeln und ermöglicht Menschen mit Behinderungen eine gleichberechtigte Teilhabe an Erholungs- und sportlichen Aktivitäten auf allen Ebenen. Mit diesem Bewusstsein strebt der Kreis Borken an, die Sportentwicklung auf künftige Veränderungen auszurichten und gleichzeitig den Sport als gesamtgesellschaftliche Aufgabe mehr in den Mittelpunkt zu rücken.

Absatz 2:

Auf dieser Grundlage hat der Kreis Borken mit dem KreisSportBund Borken e.V. (KSB) und dem Schulamt für den Kreis Borken als untere staatliche Schulaufsichtsbehörde (Schulamt) den **Pakt für den Sport** geschlossen.

VI. Leistungssport

Bisherige Ziffer 3 *entfällt*

Bisherige Ziffer 4 *entfällt*

Bisherige Ziffer 5 wird Ziffer 3 in geänderter Fassung:

Der Vorschlag der zu Ehrenenden ist spätestens bis zum 30.11. des jeweiligen Jahres beim Kreis Borken einzureichen.

Bisherige Ziffer 6 wird Ziffer 4.

VII. Trainer/in des Jahres

1. „Ohne Trainer keine Medaillen!“ Unter dieser Prämisse ehrt der Kreis Borken besonders erfolgreiche Trainerinnen und Trainer als „Trainer/in des Jahres“. Mit der Ehrung „Trainer/in des Jahres“ will der Kreis Borken die Wertschätzung der Trainerfunktion in der Öffentlichkeit steigern und die umfassenden Leistungen von ehrenamtlich tätigen Trainerinnen und Trainern anerkennen und würdigen.

2. Bewerberkreis

Trainerinnen und Trainer, die durch ihre Arbeit im (nationalen und internationalen) Spitzensport wesentlich zur Reputation des Kreises Borken beigetragen haben oder sich um den Erziehungs- und Bildungsauftrag im Sinne des **Pakt für den Sport nachhaltig verdient gemacht haben.**

3. Bewertungskriterien

Charismatische Trainerpersönlichkeiten mit erstklassigen Führungsqualitäten, außergewöhnlichen sportfachlichen, pädagogischen, motivatorischen und vor allem menschlichen Fähigkeiten erfüllen die Bewertungskriterien. Ihre positive und faire Einstellung gegenüber dem Sport drückt sich in der zielorientierten Arbeit mit den betreuten Athletinnen und Athleten aus.

Die Vorschläge für Ehrungen sind mit Begründung beim Landrat des Kreises Borken, Fachbereich Bildung, Schule, Kultur und Sport, bis zum 31.12. eines jeden Jahres einzureichen. Vorschlagsberechtigt sind die Sportvereine, die örtlichen Stadt- und Gemeindefachverbände und der KreisSportBund Borken. Unter Einbeziehung der Vorschläge schlägt der Fachbereich Bildung, Schule, Kultur und Sport maximal 10 Trainerinnen/Trainer mit begründeter Reihenfolge vor. Aus diesen Vorschlägen ermittelt eine Jury die Trainerinnen bzw. Trainer des Jahres. Den Vorsitz der Jury übernehmen der Landrat des Kreises Borken und der Präsident des KSB Borken.

Punkt 25: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 25.1: Anträge der Kreistagsabgeordneten DIE LINKE und Piraten sowie der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN für die kommende Kreistagssitzung

Landrat Dr. Zwicker erklärt, die Anträge der Kreistagsabgeordneten DIE LINKE und Piraten und der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 27.11.2014 würden in der Kreistagssitzung am kommenden Donnerstag beraten, lägen heute aber bereits zur Information als Tischvorlage aus.

In der Verwaltungsvorlage zur Änderung der Geschäftsordnung sei u.a. die Anpassung des § 13 der Geschäftsordnung bezüglich des Beginns der Einwohnerfragestunde bereits einbezogen, sodass der Antrag zur „Überarbeitung der Online-Funktion Einwohnerfragestunde“ erledigt sei. Anpassungen des Internetauftritts seien bereits erfolgt.

Er schlägt vor, die Anträge zur „Audio-Aufzeichnung der Kreistagssitzungen“ sowie zur „Überarbeitung der Homepage des Kreises Borken“ an die Interfraktionelle Arbeitsgruppe Verwaltungsentwicklung zu verweisen. Kreisausschussmitglied Steiner erklärt, er werde das weitere Vorgehen bis zur Sitzung des Kreistages mit den Kreistagsmitgliedern der Parteien DIE LINKE und Piraten abstimmen.

Punkt 25.2: Klage der Kreistagsabgeordneten der Parteien DIE LINKE und Piraten

Landrat Dr. Zwicker informiert, am 24.11.2014 sei eine Klage der Parteien DIE LINKE und Piraten gegen den Kreistag eingegangen.

Punkt 26: Anfragen

Keine

Landrat Dr. Zwicker schließt die Sitzung.